

Bezugspreis:

Postzeitung, 10,00 Mk. monatlich, 3,00 Mk. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntage einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 18. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Antwortnote der Entente.

Frauen in der Rechtspflege.

Dieser Tage ging eine Meldung durch die Blätter, nach der die Minister der Einzelstaaten zusammengetreten, um Änderungen in der Rechtspflege zu beraten...

Nach Art. 128 der Grundrechte der Verfassung darf den Frauen fraglos die Laufbahn des Richters nicht versperrt werden, da alle Staatsbürger nach ihrer Befähigung...

Die ersten Frauen würden also in die Richterlaufbahn frühestens nach Ablauf von etwa fünf Jahren für Vorbereitungsdienst und Examina eintreten können.

Die Hauptfrage ist aber: hat die Frau auch die innere, die allgemein menschliche Befähigung für das Richteramt?

Alles, was sich für die seelische Eignung der Frau zum Amt des Volenrichters anführen läßt, vor allem feineres Erfassen der psychologischen Momente, gilt auch für das Amt des Berufsrichters.

Es ist auch schwer einzusehen, warum nicht etwa eine Frau die Funktionen des Grundbuchrichters ebenso gut wahrnehmen soll, wie der Mann.

Ich habe kürzlich Äußerungen eines mir bekannten Juristen zu dieser Frage gelesen, der von den vierwöchigen Störungen eine Beeinträchtigung der richterlichen Tätigkeit der Frauen fürchtet.

Wanz unzulässig ist es nun, zu sagen, man darf nicht noch Frauen in die juristische Laufbahn hineinlassen, weil diese ohnehin überfüllt ist.

Heimkehr und Auslieferung.

„Times“ meldet aus Paris, daß die Alliierten den Wortlaut der Antwortnote an Deutschland festgelegt haben. Die Note enthält die Zusicherung der Rückkehr der Kriegsgefangenen und ein Verzeichnis derjenigen Personen, die sich nach Ansicht der Alliierten während des Krieges haben Verbrechen zuschulden kommen lassen...

Dieser Vorläufer des Wortlauts der Note ist wenig geeignet, ein Bild über den umfassenden Charakter der Antwort zu geben; desto mehr erweckt die Meldung lebhaften Reiz, in welcher Form sie wohl den deutschen Erwartungen entgegenkommt.

Mit der Zusicherung der Zurücksendung der Kriegsgefangenen läßt sich nichts anfangen, bevor wir den Wortlaut nicht kennen. Es war ja bereits gesagt worden, daß sofort nach der Ratifizierung die Kriegsgefangenen zurückgeschickt werden sollen.

Sehr wahrscheinlich ist vielmehr — das leuchtet aus der obigen Meldung hervor —, daß die Zurücksendung mit der Auslieferung der in der Note bezeichneten Verantwortlichen bestimmter Kriegshandlungen verknüpft ist.

Die Pariser Verhandlungen.

Die Verhandlungen über die Auslieferung des Gasenmaterials, die zwischen dem Minister Loucheur und den deutschen Sachleuten geführt werden, sind den vorliegenden Meldungen nach noch nicht abgeschlossen.

für die tüchtige Frau. Freilich ist es hier wie anders Sache der Frauen, zu zeigen, daß sie tüchtig sind.

Es bedarf wohl nicht besonderer Hervorhebung, daß Frauen baldmöglichst als Rechtsanwälte zugelassen sind. Hier haben eine Reihe anderer Länder — Holland, Italien und andere — seit langem den Beweis geliefert, daß Frauen als Anwältinnen tüchtiges leisten.

An einer guten Rechtspflege soll das ganze Volk beteiligt sein. Folglich dürfen die Frauen nicht hinten an gestellt werden.

Henni Lehmann-Göttingen.

Schieberpraktiken in Leipzig.

Der Leipziger Parteitag der Unabhängigen wird in eigenen Parteikreisen vielfach gerade nicht mit Hochgefühl beurteilt. Die „Freiheit“ hat neben ihren eigenen Auslassungen eine ganze Reihe von unabhängigen Pressestimmen gebracht, die die hyperradikalen Beschlüsse des Parteitags mit höchst fohlenjämmerlichen Bemerkungen kritisieren.

Redebour hatte sich sehr bemüht, in der Frage der Internationalen ein Kompromiß zustande zu bringen, wonach ein Zusammenschluß nicht allein mit Moskau, sondern mit allen revolutionären Parteien angestrebt werden sollte.

Redebour bemerkt dazu, daß die Annahme dieses Beschlusses in geschäftsordnungswidriger Weise erfolgte, daß durch ihn getroffene Abmachungen durchbrochen wurden und daß die Frage des bloß verlesenen Antrags von den Beschließenden gar nicht begriffen wurde.

Redebour tröstet sich und seine Leser damit, daß rasche Wachstum der Partei habe „Parteigenossen in den Vordergrund gebracht, denen die Rotwendigkeit, unsere Beschlüsse durch gründliche, offene und ehrliche Aussprache ausbreiten zu lassen, noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist“.

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, zeigt aber doch, daß unter den alten Praktikern der Arbeiterbewegung über die Eigenart der neuerdings „in den Vordergrund gebrachten“ Heilsapostel nur ein Urteil besteht!

Ein Austritt aus der U. S. D.

Die Wochenschrift „Der Marxist“ veröffentlicht in ihrer nächsten Nummer ein Schreiben von Dr. S. Restriepke an den Vorstand des Unabhängigen Wahlvereins Wilmersdorf.

Der Leipziger Parteitag hat Beschlüsse gefaßt, die ich nicht veranworten kann, und das in Fragen, die für mich von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Wenn der Leipziger Parteitag sich für eine Diktatur des Proletariats erklärt hat — unter ausdrücklicher Streichung eines Zusatzes im bisherigen Aktionsprogramm, der immedien die Deutung zuließ, daß nur eine Diktatur auf Grund des Mehrheitswillens der Bevölkerung gemeint sei —, und wenn er unter offenkundigem Bruch mit der zweiten Internationale seinen Willen zur Verbindung mit Moskau kundgegeben hat, so kann ich darin leider auch nicht das Ergebnis einer Zufallsmehrheit oder einer Augenblicksmeinung sehen.

Wenn der Leipziger Parteitag sich für eine Diktatur des Proletariats erklärt hat — unter ausdrücklicher Streichung eines Zusatzes im bisherigen Aktionsprogramm, der immedien die Deutung zuließ, daß nur eine Diktatur auf Grund des Mehrheitswillens der Bevölkerung gemeint sei —, und wenn er unter offenkundigem Bruch mit der zweiten Internationale seinen Willen zur Verbindung mit Moskau kundgegeben hat, so kann ich darin leider auch nicht das Ergebnis einer Zufallsmehrheit oder einer Augenblicksmeinung sehen.

Dr. Restriepke hat, wie wir weiter erfahren, nicht die Absicht, der U. S. D. beizutreten.

Drückeberger & Heimkrieger.

Der Deutschinternationale Parteitag für Potsdam I wurde durch die Reserate eines Hauptdrückebergers und eines Hauptheimkriegers verschönt, nämlich der Herren Kg. Fuhrmann und Graf Westarp.

schon dann beinahe wie ein entlassener Kriegsbeschädigter aus. Mit dem Kriegsbeschädigten hatte er aber nichts weiter zu tun, als daß er sie Anfangs 1918 in einer Versammlung der Vaterlandspartei zu Berlin in widerlicher Weise beschimpfte.

Graf Westarp war zwar zu Beginn des Krieges bereits um einige Jahre über das wehrfähige Alter hinaus, aber als Offizier a. D. teilte er nicht den Ehrgeiz vieler seiner Kollegen, an der Front Dienst zu tun, wozu er körperlich noch geeignet gewesen wäre. Nur äußerlich wollte er es den anderen gleich tun. Deshalb lief er während der vier Kriegsjahre dauernd in einer blendend schönen Johanniteruniform herum und hatte die Genehmigung, in diesem Aufzuge von Rekruten für einen Offizier gehalten und begrüßt zu werden.

Jetzt nahmen die beiden Felder das Rundwerk natürlich endlich voll. Herr Fuhrmann rief „Schmach und Schande“ über das wackelkniegende deutsche Volk und Graf Westarp erklärte die Pazifisten für die Totengräber Deutschlands. Sie selber haben beide natürlich keine Schuld an der Niederlage. Noch ein Ausspruch des Hrn. Fuhrmann verdient Erwähnung:

„Sie nicht mit der Erwerbslosenfürsorge radikal anpacken wird, ehe nicht die Arbeitslosigkeit wieder eingeführt, ehe nicht in dieser Zeit das Streikrecht beseitigt wird, können wir nicht wieder bekommen.“

Der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ verzeichnet bei diesen Worten Beifall. Die Arbeiter wissen danach, was sie von den Deutschnationalen zu erwarten haben.

Die Not der Beamtenräte.

Das Beamtenratsgesetz ist heute eine Forderung des Tages. Überall muß endlich der Zustand aufhören, daß der Beamtenrat die Rolle eines zwar gebildeten, aber unbenutzten Anhängels der Behörde bildet, der nicht weiß, was er soll und was er zu tun hat. Zwar ist der Beamtenrat in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 verankert, aber dieser Anker ist noch ohne irgendwelchen Halt und befindet sich auf dem besten Wege, im Sande der sich immer breiter machenden Reaktion zu versinken. Wie heute noch Behörden mit Beamtenräten umgehen und wie sie über deren „Mitbestimmungsrecht“ denken, dafür nur zwei Beispiele:

In einem hiesigen Reichsinstitut gibt es Dienstwohnungen für wissenschaftliche Beamte, sogenannte Assistentenwohnungen. Sie bestehen aus zwei Zimmern, von denen nur das eine heizbar ist. Küche, Bad, Zubehör und ähnliches Luxus gibt es nicht. Für die Vergütung, eine solche Wohnung benutzen zu dürfen, wird den Inhabern eine komplizierte Rechnung aufgetan. Ein Beamter, der eine solche Wohnung nicht inne hat, sondern der sich — sonst genau in der gleichen Lage wie der Inhaber der Dienstwohnung — eine private Wohnung mietet, bekommt 1488 M. mehr Gehalt als der Inhaber der geschätzten Dienstwohnung. Unter Berücksichtigung der komplizierten, auf alten Verordnungen und Verfügungen aufgebauten Rechnungen ist dieser Betrag von 1488 M. der jährliche Mietpreis für eine Dienstwohnung von einem regulären und einem nicht heizbaren Zimmer.

Es dürfte wohl kein Beamtenrat existieren, der ein Besuch der Wohnungsinhabers einer solchen Dienstwohnung um Abschätzung des Mietpreises anders als befürwortend beantworten könnte. Wie urteilt aber die vorgelegte Behörde?

In der Angelegenheit der Dienstwohnungen des ... erfuhr ich ergeben, dem dortigen Beamtenausschuß zu eröffnen, daß es bei den in meinem Erlaß vom 2. Oktober 1919 ... festgesetzten Mieten sein Bemühen haben muß ... Euer Hochwohlgehornte stelle ich im übrigen anheim, den genannten beiden Beamten mitzuteilen, daß sie, falls ihnen die Miete zu hoch erscheint, die Wohnungen aufgeben könnten. Des Weiteren bemerke ich, daß der Beamtenausschuß die von ihm vertretenen Angelegenheiten in Zukunft lösen, als dem unmittelbaren

Vorgesetzten der Beamten, vorzutragen haben wird. Erforderlichenfalls erlaube ich dann um entsprechenden Bericht zu berichten.“

So gegeben am 29. November 1919 durch den Vertreter des Reichsministers des Innern, des Demokraten Koch!

Ein anderer Fall. Ein Beamter wünscht Einsicht in seine Personalnachweise. Der Beamtenausschuß bestirmt das Gesuch auf Grund von § 129 der Verfassung. Das Gesuch wird abgelehnt. Natürlich und höchst unnatürlich! Erläuterung dazu:

„Wie scheint, daß sich der Artikel 129, Abs. 3, nur auf den Fall bezieht, wo ein dienstliches Strafverfahren auszusprechen werden soll. Dann käme er hier nicht in Frage. Dem Konzeptionssekretär ... ist auf seinen Antrag die Einsichtnahme in die Personalakten verweigert worden, weil nach Ansicht des Herrn Direktors ... der sich der Herr Präsident ... angeschlossen hat, in Abs. 3 des Art. 129 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 19. nur solche Beamte gemeint sind, welche die Wiedereinnahme eines gegen sie vorliegenden Strafverfahrens beantragen wollen. Das Zentralbüro des Reichsministers des Innern hat auf telephonische Anfrage mitgeteilt, daß auch dort bisher die Einsichtnahme in die Personalakten nicht gestattet wurde. Es schweben jedoch zurzeit Verhandlungen darüber, inwieweit in besonderen Fällen von dem bisherigen Standpunkt der Behörde abgewichen werden darf.“

Wie lange mögen diese Verhandlungen wohl noch „schweben“? Wie lange soll die Verfassung des Deutschen Reiches ein festes Papier bleiben, der ganz nach Belieben für weiß oder schwarz erklärt werden darf? Soll die den Beamten feierlich zugesagte und verfassungsmäßig garantierte Zustimmung auf Öffnung der Personalakten bald eingelöst werden? Wir nehmen doch an: Ja. Dann müssen die „schwebenden“ Verhandlungen scheinunglos sich herniederzucken als Beschlüsse.

Justizreform.

Als Vorkämpfer der zu erwartenden neuen Strafprozessordnung ist im Reichsjustizministerium der Entwurf einer Gerichtsverfassungsnovelle ausgearbeitet worden, der durch ein Gesetz über den Rechtsgang in Strafsachen, das die bisherige Strafprozessordnung ergänzt wird. Die gerichtliche Voruntersuchung soll beseitigt und die Hauptverhandlung, soweit möglich, von der Einwirkung des Ermittlungsverfahrens befreit werden.

Nach dem vorliegenden Entwurf verbleiben als Gerichte erster Instanz nur Amts- und Schwurgerichte, deren Urteile durch Berufung bzw. Rechtszüge (bisher Revision) anfechtbar sind. Die Strafkammer scheidet als erstinstanzliches Gericht aus; sie soll künftig in der Hauptverhandlung aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffen zusammensetzen. Für wichtigere Verbrechen soll die Zuständigkeit der Schwurgerichte für das ganze Reich eingeführt werden.

Das Reichsgericht hat künftig nur noch da einzutreten, wo eine Entscheidung zur Wahrung der Rechts einheit geboten ist. Um dem Verlangen nach Volksschlichtern entgegenzukommen, sollen bei der Aburteilung von Frauen und Jugendlichen zulässig auch Frauen als Schöffen oder Geschworene tätig sein dürfen; jedoch wird ihnen im Fall der Behinderung ein Ablehnungsrecht vorbehalten. Desgleichen sollen Dienstboten sowie Lehrer (mit Ausnahme der Lehrer an einlässigen Schulen) zum Volksschlichteramts zugelassen werden.

Einem alten Wunsch der Anwaltschaft wird endlich dadurch entsprochen, daß die Möglichkeit einer Bestrafung wegen Ungebühr beseitigt wird.

Für Europas hungernde Kinder.

Aus London wird uns geschrieben: Durch ein Rundschreiben des Papstes, welches den 28. Dezember als einen Tag der Liebelgaben für die Kinder in den von Hungernot heimgegriffenen Ländern festsetzt, wird ein menschen-

freundliches und wahrhaft religiöses Werk empfohlen, das alle noch so geringfügigen Gaben und Meinungen in der ganzen Welt in gemeinsamer Billigung vereinigen wird.

Wie groß das Elend unter den Kindern Zentral- und Ost-Europas ist, kann aus den Referaten Lord Curzon, Sir William Goode (des Leiters der Britischen Kommission) und Mr. Hoover ersieht werden, die die wirklichen Verluste nicht nach dem Kriege, auf Grund von Tuberkulose, Malaria und Unterernährung auf 34 Millionen abschätzen, wenn nicht rechtzeitig die nötige Maßnahmen zur Verhütung ergreift werden.

Der „Save the Children Fund“ hat seit Monaten mit dem Vorkämpfer der Mittel zur Linderung der Not unter den Kindern korrespondiert. Er wird in England von zahlreichen führenden Persönlichkeiten unterstützt, welche alle Schattierungen politischer Ansichten vertreten. Die Vereinigung versucht, ihre Gelder denen zuzuführen, deren Not am größten ist. Wieder ist der Hauptteil der Summen der Quärgemeinschaft „Society of Friends“ zum Glück für Wien überlassen worden, wurde jedoch auch als Beihilfe für die „Wohlfahrtsstelle“ in Berlin verwendet.

Der „Save the Children Fund“ schlägt nun vor, einen Ausschuss als Mittelpunkt für alle Wohlfahrtsvereinigungen zu bilden, welcher nach denselben Prinzipien, wie der „Save the Children Fund“ in England, arbeiten soll. Dieser Hauptausschuß der „Save the Children Fund“ in Genf wird unter dem Protektorat des Internationalen Roten Kreuzes arbeiten.

Kohlenlieferung für die Eisenbahn.

Um die Leistungen der Eisenbahn zu erhöhen, haben jetzt Konferenzen zwischen Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, des Eisenbahnministeriums, der Eisenbahnerverbände, des Kohlenindustrials, des Kohlenkommissars und der Eisenbahner in Berlin stattgefunden. Wesentlich wurde von den Eisenbahnern, namentlich von den Lokomotivführern, der Vorwurf erhoben, daß sich unter der von den Gruben gelieferten Lokomotivkohle zu viel Abfall und sonstige unbrauchbare Stoffe befinden. Dadurch sei die Leistung des Maschinenmaterials außerordentlich herabgemindert.

Die Vertreter der Grubenarbeiter gaben zu, daß die geforderte Kohle teilweise viel zu wünschen übrig lasse. Sie gaben als Grund für diesen Mangel an, daß auf den Gruben die Sortier- und Waschanlagen sich in einem sehr verfallenen Zustand befinden, und daß schon seit Jahren die erforderliche Reparatur nicht mehr ausgeführt seien. Um diese Mängel zu beseitigen, wurden für die Kohlenreviere vier Kommissionen, zusammengesetzt aus Vertretern der in Frage kommenden Gruppen, gebildet, welche die Kohlenlieferungen kontrollieren und die benötigten Mengen bereitstellen sollen. Diefenigen Gruppen, welche noch wie vor schlecht liefern, sollen unter besondere Kontrolle gestellt werden. Im übrigen wurde festgesetzt, daß in den letzten Wochen die Belieferung der Eisenbahnknotenpunkte sich ganz gebessert, daß jedoch immer noch nicht genügend geliefert werde, um Heizkohle sparen zu können.

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichspropagandachef. Wie die „F. F. R.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist die Absicht, das frühere Mitglied der Weisheitsratskommission Dr. Trebitsch zum Reichspropagandachef zu ernennen, fallengelassen worden. Wer den Posten erhalten wird, sieht zurzeit noch nicht fest.

Die Untersuchung gegen v. Kessel geht ihrem Ende entgegen. Kessels Vernehmung wegen Duellforderung und Meineides ist abgeschlossen. Kessel bestritt jede Schuld. Unter den vernommenen Zeugen befand sich auch Barater Dr. Kump. Die Voruntersuchung dürfte noch im Laufe dieser Woche beendet werden.

Sonntagsfahrten im Bergbau. Die Bergarbeiter des Bitterfelder Reviers haben sich entschlossen, für die Deutscher Arbeitervereine, die noch keine Kohlen hat, mit Unterstützung der verschiedenen Bergwerksdirektionen zwei Sonntagsfahrten zu verfahren.

Verstärkung des ostpreussischen Grenzschutzes. Oberpräsident Winnig ersuchte den ostpreussischen Landtag, der am Mittwoch

Kriegserinnerungen.

Von Adolf Rottbohm.

Diese Kriegserinnerungen, die mit anderen Erlebnissen zusammen demnach in Buchform erscheinen sollen, wurden und werden bereits wie aus einer fremden Welt an. Aber es ist gut, die Erinnerung daran noch zu halten.

I. Die Tauben.

Am dritten Mobilmachungstage mußte er sich stellen. In Ville, Henry Sigier, Sergeant im 21. französischen Infanterieregiment. Tags zuvor wanderte er hinaus nach Templeuve. Mit einem Taubenloft.

Der Braut wollte er die Tauben bringen. Alle haben dort Tauben. Aber keine waren die prächtigsten. Schöne Brieftauben, mit glänzend schillerndem Gefieder. Von seinen Eltern waren sie aus der Bretagne. Die Tauben sollten sein Andenken sein. Sie würde an ihn denken, wenn sie die Tauben sah. — Am nächsten Morgen lächelte der Sergeant die Tauben. Und seine Braut.

Die Deutschen waren längst in Templeuve. Der Krieg tobte über Europa. Landstriche wurden Wüsten. Und Tauben durften nicht fliegen. Nach Kriegsdienst. Wer eine Taube über den Weg trug, hatte sein Leben verwirrt. Von Kriegsdienst wegen ...

Und Jahre dauerte der Krieg. Man wußte nichts von denen, die auf der anderen Seite kämpften. Einmal hatte sie Nachricht. 1915. Durch einen Kriegesdoppel. Der kam aus deutscher Gefangenschaft. Er hatte mit dem Sergeanten gekämpft. Schulter an Schulter. Der Bräutigam war jetzt Sergeant-Major. Von den Tauben hatte er gesprochen. Und von der Braut. Das war vor drei Jahren. Menschen wüsten noch immer Menschen. Blut floß, wie Wasser in der Schelde, am Bogen von St. Amand. Immer noch.

Und die Braut pflegte die Tauben. Und lächelte sie oft. — Dann kam ihr der Gedanke: wenn die Tauben ihm Grüße brächten? — Die fliegen sicher nach der Bretagne. Zu seinen Eltern. Nach der alten Heimat. Die Eltern sandten ihm dann die Grüße. Und der Bräutigam wußte, daß sie an ihn dachten, und noch hofft und bittet. — Wer eine Taube über den Weg trägt, wird mit dem Tode bestraft. Nach Kriegsdienst. — Verlangende Sehnsucht quälte sie in schwülen Sommernächten. Tauben tragen Grüße, wenn sie fliegen. Sie muß ihm Grüße senden. — Und Sonntags in der Nacht, im August, vier Jahre nach dem Abschied, trug sie den Korb hinaus, seinen Korb, mit den Tauben. Hinter dem Dorfe, an der Lichtung im Walde, fliegen die Tauben ...

Soldaten schossen sie ab. Weiße. Die Tauben waren tot. Tauben sind das Werkzeug der Spione im Kriege. Spionage wird mit dem Tode bestraft, auch verurteilt. Nach Kriegsdienst. Haben wie drüben. — Sie wollte nur Grüße senden, an den Bräutigam verurteilt. Die Braut ward zum Tode verurteilt. Von Kriegsdienst wegen ...

Auf dem Kalernenhof. Eine Gruppe Soldaten. Ein Offizier. Ein Geistlicher. Der fährt ein Mädchen. Gewehre werden geladen. Ein schwarzes Kommando. Schiffe gehen durch die Luft. Ein kurzer Schrei. Ein Ruf. Die Augen sehen das Bild des Bräutigams. Zum letzten Male.

Der Sergeant-Major Henry Sigier vom 21. französischen Infanterieregiment fiel im August 1915 in den Kämpfen bei Lalette. Am Tage, als die Tauben flogen.

II. Der letzte Wunsch.

Im März 1918. Auf der Vimy-Höhe raste der Kampf. Trommelfeuer erschütterte die Luft. Aus tausend Schützen. Seit 24 Stunden. Mienen sprangen. Bomben fielen. Kolonnen jagen. Reservisten marschieren. Auf der Straße nach Arras.

Autos fahren. In langen Rängen. Mit roten Kreuzen und Schwerwundenen. geräuschlos. Auf der Straße nach Douai.

Die Kerate haben heiße Tage. Und Nächte. Die Lazarette sind gepflastert. Auf den Fluren steht Bahre an Bahre. Wie die Frauen dabei beim Krämer anstehen, liegen Schwerwundenen in langen Reihen vor dem Operationszimmer. Mäntel braucht nicht mehr hinein. Sein Weg führt vom Flur in's Totenhäus. — Schweltern sind bei den Kranken. Die rufen immer. Und stets hilfreich. Wärter bringen milde Mittel. Ein Pfleger konzentriert mit Morphium und Chloroform. An ihm hängen die Kranken mit qualvoll verlangenden Blicken aus fiederglühenden Augen. Und Geistliche spenden Trost.

Auf einer Bahre liegt ein junger Soldat. Vom Sturmbataillon. Die letzte Nacht zog er hinaus. Auf der Straße nach Arras. Dachte an die Mutter. Und an die Braut. Am Morgen fuhr er zurück. Im Auto. Mit roten Kreuzen. Auf der Straße nach Douai. Das ist das Tempo des Krieges. — Er braucht nicht ins Operationszimmer. — Sterbende haben Wünsche. — Auf der Bahre liegen: Karten, Briefe, Grüße aus der Heimat: ein Bild der Mutter. Und eins der Braut ...

Der Soldat bewegt die Lippen. Er will sprechen. Den letzten Wunsch? Einen Gruß für die Braut? Für die Mutter? Verlangt er den Arzt? Die Heilgaben der Kirche? — Alle sind bereit. Der Pfleger für den letzten Dienst. Die Schwester für den Gruß an die Braut. Der Geistliche für den Trost des Himmels ... Der Soldat richtet sich auf. Mit den letzten Kräften. ... Er preußt die Muskeln ... Wendet den Kopf ... Bewegt die Lippen ... Alle lauschen. — Er öffnet den Mund und raunt, stehend, seinen letzten Wunsch dem Geistlichen ins Ohr: „Eine Zigarette.“

Seife aus Braunkohle. Daß die moderne Wissenschaft die Steinkohle zum Ausgangspunkt der verschiedensten Produkte, wie Benzin, Benzol, Benzol, Kohlenwasserstoffe sowie zahlreicher Arzneimittel, gemacht hat, ist heute ziemlich allgemein bekannt. Dagegen werden nur wenige davon gehört haben, daß man auch aus der Braunkohle, und zwar aus dem Braunkohlenteer, einige für die Industrie sehr wichtige Stoffe herzustellen vermag. Bis jetzt wurde

aus dem Braunkohlenteer außer dem Solaröl, das auch deutsches Petroleum genannt wird, und dem Paraffin noch ein anderes Rohöl, das sogenannte Gasöl, gewonnen, das zu verschiedenen Zwecken verwendet wird, als Schmieröl, aber auch zur Heizung und zur Beleuchtung, wobei es im letzteren Fall noch einen besonderen Reinigungsprozess durchmachen muß. Nach einem Bericht in „Neuere Erfindungen und Erfindungen“ ist es nun dem bekannten Chemiker Prof. Darries in Kiel gelungen, aus diesem Gasöl eine gute feste Seife herzustellen. Bei den ersten Versuchen zeigte sich die Seife allerdings fast hygroscopisch, d. h. sie zog aus der Luft Wasser an und wurde dadurch weich, doch war es möglich, diese nachteilige Eigenschaft zu beseitigen, so daß der Herstellung der Braunkohlenseife nunmehr nicht mehr im Wege steht.

Es wäre übrigens nicht ausgeschlossen, daß man auch aus dem sehr fettreichen Cellulose, der sich namentlich in Württemberg reichlich vorfindet, mit Hilfe eines geeigneten Verfahrens ölhaltige Rohprodukte gewinnen könnte.

Der größte Krater der Welt. Eine Forschungsreise durch Island haben zwei schwedische Gelehrte, Wadell und Nyberg, unternommen und, nachdem sie das gewaltige Eldmeer des Vatnajökull vom West nach Ost überquert hatten, Kolar am Hornsford erreicht. Der Uebergang, der mit drei Pferden und Schritten erfolgte, erforderte eine Zeit von neun Tagen. Wie im „Trommelfeuer“ mitgeteilt wird, entdeckten sie auf dem Höhepunkt einen gewaltigen Krater, 8 Kilometer lang und 5 Kilometer breit, in dem sich heißes Wasser befand. Auch einige warme Quellen wurden in der Umgebung des Kraters gefunden. Dieser Krater, den die schwedischen Gelehrten Eoca-Krater tauften, ist nicht nur der größte Krater Islands, sondern überhaupt der Welt. Die Kraterbildung, die bildet als die größte Insel und damit der ganzen Erde galt, liegt in der Vulkanbildung Ozean auf Nordisland.

Wahl. Der Radikalvor und des Heilig-Trio geben ein vollständiges Konzert am 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle.

Groß-Berliner Ausschuss für vollständige Kunstpflege. Schon seit längerer Zeit erobert sich die an der Vermittlung vollständiger Kunsthandlungen interessierten Organisationen der Arbeiterbewegung die Aufmerksamkeit, wenn der Vertretung der Künste bei den vollständigen Vorstellungen der Stadttheater wie miteinander in Fühlung zu treten. Die beteiligten Stellen — Kreis Volkshaus, Kreis Volkshaus, die Volkshausvereine der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Arbeiter-Kommunisten und der Arbeitervereine, einhundert Arbeitervereine, die Volkshausvereine und der Arbeitervereine haben sich daranhin zum mehr in dem „Groß-Berliner Ausschuss für vollständige Kunstpflege“ ein vollständiges Organ geschaffen. Der Ausschuss bezieht, nach Möglichkeit eine Vertretung der darin vereinigten Körperschaften über die von ihnen vorgetragenen künstlerischen Veranstaltungen herbeizuführen, so daß keine Organisationen ausschließen, und ferner die gemeinsamen Interessen der zusammengefügten Stellen gegenüber Kunstproduzenten, Seilbesitzern, Ausstellung- und Musikanten, Arbeiterunternehmern, Vereinen, Schulen usw. wahrzunehmen. Die Geschäftsstelle befindet sich beim Verband der freien Volkshäuser. Anerkennend der Tatsache, daß immer mehr große Teile in Kunstkreisen umgewandelt werden, wird der Ausschuss auch kein Augenmerk darauf richten, daß bei an künstlerische Veranstaltungen, Konzerten usw. interessierten Organisationen wenigstens einige geeignete Sozialisten erhalten bleiben.

Arzenei-Triebe. Ende dieses Monats aus dem Verbands des Theaters in der Königsplatzstraße. Die Künstler werden sich zunächst auf eine Kampfkampagne nach Holland, Österreich und der Schweiz begeben.

Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Da die Unternehmer die Lohnforderung der Brauereiarbeiter unter Hinweis auf den angeblich die Herstellungskosten nicht deckenden Bierpreis als unerfüllbar bezeichnet hatten, veranstalteten die zuständigen Arbeiterorganisationen am Mittwoch abend eine von etwa 4000 Teilnehmern besuchte Demonstrationssammlung in der Hofbrauerei.

Der Referent Hodapp verwies darauf, daß die Löhne der Brauereiarbeiter während des Krieges nur sehr langsam und viel später als die Löhne der Rüstungsarbeiter aufgebessert wurden. Infolgedessen seien die Brauereiarbeiter tatsächlich in eine Notlage geraten, so daß eine einigermaßen ausreichende Lohnerhöhung jetzt durchaus berechtigt sei. Gegenwärtig erhalten die gelernten Arbeiter 160 M., die ungelernten 120 M. Wochenlohn. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 80 M. wöchentlich. Die Brauereiarbeiter haben am 14. d. M. wegen einer Bierpreiserhöhung mit Vertretern der Regierung verhandelt. Die Unternehmer verlangten eine Erhöhung des Bierpreises von 40 auf 70 M. für den Hektoliter. Die Regierung hat durch Erhebungen in 18 Brauereien in den verschiedensten Teilen Deutschlands die Herstellungskosten festgestellt. Auf Grund des Ergebnisses hat der die Verhandlungen führende Regierungsvertreter den Berliner Brauereien eine Erhöhung des Bierpreises auf 65 M. für den Hektoliter in Aussicht gestellt. Bei dieser Preiserhöhung ist damit gerechnet, daß die jetzigen Löhne um 20 Prozent erhöht werden. Das würde, wie Hodapp ausführte, höchstens etwa 28 M. ausmachen. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern werden die Vertreter der Arbeiter mit Nachdruck für ihre Forderung von 80 M. eintreten.

In der Diskussion wurde die Forderung der Brauereiarbeiter geäußert und unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Landwirten ausbleibenden Ablieferungsprämien in Aussicht stehende neue Lebensmittelpreissteigerungen ausgesetzt, daß auch durch die Bewilligung der Lohnforderung die Notlage nicht behoben werde.

Der Referent legte eine Resolution vor, die sich mit seinen Darlegungen deckt und die bestimmte Erörterung auspricht, daß die Brauereiarbeiter eine Erhöhung des Bierpreises ausgesetzt ist, die gesetzlichen Forderungen der Arbeiter erfüllt werden. Ferner sagt die Resolution, die Brauereiarbeiter halten die rechtzeitige und ausreichende Befreiung der Brauereien mit Brauereifür bringend geboten, um durch Aufrechterhaltung der Produktion weitere Arbeiterentlassungen zu verhindern und der viermillionen Bevölkerung ein gehaltreiches Produkt bieten zu können.

Auf der Versammlung ging ein Antrag ein, der die Lohnkommission beauftragt, da die letzte Erhöhung der Zeiterzeugnisse durch die inzwischen eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise um das Drei- bis Vierfache überholt ist, bei den Verhandlungen mit den Unternehmern eine Lohnerhöhung von 80 M. zu fordern und, falls sie nicht bewilligt wird, in den Streik zu treten.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Resolution des Referenten abgelehnt.

Angenommen wurde noch ein Antrag, der die Befestigung der Arbeiter am Unternehmergewinn verwirkt.

Eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Sie sagt, unter Hinweis auf die den Landwirten zugebilligten Preiserhöhungen und die Aufhebung des Lebensmittelzuschusses des Reiches, daß die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise den Arbeitern das Festhalten an den Tarifen unmöglich macht. Die Resolution fordert ein Notgesetz, welches alle Löhne, auch die Tariflöhne, zwangsweise erhöht, entsprechend der Steigerung der Lebensmittelpreise. Andernfalls würden die Arbeiter gezwungen sein, trotz aller Bedenken wegen der wirtschaftlichen Folgen, zur Selbsthilfe zu greifen.

Zur Illustration der Behauptung der Brauerei-Unternehmer, daß die jetzigen Bierpreise die Selbstkosten der Herstellung des Bieres nicht decken, wollen wir nur die Tatsache anführen, daß nach den dieser Tage veröffentlichten Jahresabschlüssen der Brauerei Engelhardt und der Schultheiß-Brauerei diese Behauptung für die beiden genannten Brauereien der Wahrheit widerspricht. Die Engelhardtsche Brauerei zahlte an ihre Aktionäre für das abgelaufene Betriebsjahr eine Dividende von 15 Prozent, während sich die armen Aktionäre der Schultheiß-Brauerei mit 14 Prozent mühseligen Gewinnes begnügen müssen. Sieht der wirtschaftliche Zusammenbruch im Braugewerbe in den anderen maßgebenden Betrieben etwa ähnlich aus?

Wir haben die Befürchtung, daß die Regierungsvertreter von den Brauereinteressen gehörig laziert worden sind und daß unter dem Vorzeichen, nur mit Hilfe der gewaltigen Erhöhung der Bierpreise den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter wenigstens zu einem Teile entsprechen zu können, ein neuer großer Auszug auf die Taschen der Konsumenten geplant wird. Dringend nötig ist es, die Nachprüfung der Produktionskosten im Braugewerbe noch einmal vorzunehmen und bei dieser Gelegenheit etwas freisicher zu verfahren, als man bei der ersten Prüfung vorgegangen zu sein scheint.

Die Zeit für Wachendebatten auf Kosten der breiten Masse sollte doch noch allerlei wunderbaren Reden vorbei sein. Wo soll die verlangte Arbeitsfreudigkeit für den Arbeiter sich einstellen, wenn er sieht, daß an allen Ecken und Enden gerüstet wird, ihm das Fell über die Ohren zu ziehen?

Eine gelbe Spätgeburt.

Der Deutsche Verlegerverband hat nach der Revolution sich mit erstaunlicher Entschiedenheit auf rein gewerkschaftliche Grundlage gestellt. Nun ist in Essen, dem bekannten goldenen Sitz, ein Nationaler Verlegerverband aufgetaucht, der die reaktionären Elemente um sich sammeln soll. Erfreulicherweise sind die Zeiten der Ankerkettensammlung vorbei, in denen derartige Gründungen Erfolg

versprachen. Die große Mehrzahl aller Angehörigen steht entschieden auf dem Boden des gewerkschaftlichen Kampfes und der neue gelbe Verlegerverband dürfte daher keine Fortbreiter finden.

Gerichtszeitung.

Der Nord an den Wächter Schutz in der Bernauer Straße hatte ein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt wegen gewerkschaftlicher Hebelerei waren der Geflügelhändler Paul Schall, der Händler Wilhelm Jeymeißel und die Pferdehändler Sigalski und Mag Heintze aus Demmin.

In der Nacht zum 8. September waren der inzwischen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Arbeiter Willi Reineke und der zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilte Willi Langert mit mehreren Komplizen in das Grundstück Bernauer Straße 65 eingedrungen, hatten dort den Wächter Schall erschossen und waren dann unter Mitnahme zweier Wagen mit vier Pferden im Werte von 84 000 M. geflüchtet. Die Diebesbeute gelangte durch den schon vielfach mit Zuchthaus vorbestraften Jeymeißel zu Schall nach Reinickendorf, der die Fische dann an Sigalski und nach Demmin an den Angestellten Heintze weiterverkauft. Das Verfahren gegen Sigalski und Reineke wurde auf Antrag der Reichsanwaltschaft Bahn und Peter S. Demmin abgetrennt, da Sigalski erst noch auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll bzw. neue Zeugen geladen werden sollen. Das Gericht erkannte wegen einfacher Hebelerei auf 1 1/2 Jahre bzw. 4 Jahre Gefängnis.

Aus aller Welt.

Ein Schuhwunderer wurde in Friedberg (Hessen) dingfest gemacht. Der Ehrenmann hatte Stiefel verkauft, auf denen der amtliche Verkaufspreis von 48,25 M. weggetragen und benogetelt und dann auf 80 M. erhöht worden war!

Tschechisches Regiment. Ein Genosse aus Deutschmähren schreibt dem Brünner „Volkstribüne“: Meine Frau erhielt vom Regierungskommissar Weinsich einen Akt, in dem es heißt: Therese Schlichta wird mit fünfzig Kronen Geldstrafe oder fünf Tagen Arrest bestraft, da sie dem Verlangen des Regierungskommissars, um 7 Uhr abends bei ihm zu erscheinen, nicht Folge leistete. Dieser Akt erhielt sie noch einen zweiten, der lautete: Therese Schlichta wird mit fünfzig Kronen Geldstrafe bestraft, da sie tschechischer Nation ist und ihre Kinder nicht in die tschechische Schule schickt, weil ihr Mann es nicht gestattet. Die Kinder besuchen ununterbrochen die Schule, aber da ihre Muttersprache die deutsche ist, natürlich die deutsche Schule. Nicht genug an dieser Bestrafung, hat man meiner Familie auch die Ausfolgung von Petrolem verweigert. Der Regierungskommissar drohte mir ohne jeden Grund, daß mir die Wohnung gekündigt werden würde. Bei den ehemaligen Feldgerichten ist man gerechter vorgegangen.

Beronts, für den tschechischen Teil: Walter Rißler, Charlottenburg; für Esslingen: E. Binder, Berlin; Verlag: Demmler-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Demmler-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Praktische Weihnachtsgeschenke sind unsere guten Briefpapiere in schönen Aufmachungen. Geschäftsbücher Gebr. Scherk, Köpenicker Strasse 108.

Platin 126 M. Alte Gebisse 4000 M. Goldschmelze, Silberarbeiten, Platin-Zähne 7 M. Goldschmelze, Silberarbeiten, Platin-Zähne 7 M.

Ein Freudentag der Waschtage mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig's Dampf-Wasch-Automaten, der ausserordentlich Arbeit, Arbeit, Arbeit, Selt und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung.

Spezialarzt Dr. Hasché Spezialbehandlung Kuhn Praxis seit 1901. Adresse: 76, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Hof.

Möbel und kompl. Wohnungseinrichtungen Herren- u. Speisezimmer Wohn- u. Schlafzimmer. M. Goldstaub Berlin SW. Belle-Alliancestr. 4.

Foto-Heine Berlin C 19 Am Spittelmarkt 4-10. Fernruf: Zenit. 6556. Spezialgeschäft für Foto-Projektion und Kino.

Uhren, Perlen, Brillanten, G. Schliephacke, Friedländerstr. 210, Ecke Köhlerstr. Echte Perserteppiche.

Verkaufe. Edelsteine, Silber, Gold, Schmuck, Uhren, Brillen, etc. etc. etc.

Wohnungsmöbel, Küchenmöbel, etc. etc. etc.

Möbel, Musikinstrumente, etc. etc. etc.

Möbel, etc. etc. etc.